

General-Anzeiger

für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend



Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg
Amtsgericht und versch. Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich für Abholer M. durch Boten in Remberg
M. in Reuden, Rotta, Lubitz, Kieritz, Gommio und Gabis M und
durch die Post M.

Anzeigenpreis: Die 6spaltige Korpuszeile oder deren Raum M., die
4spaltige Reklamazeile Pfg. Beilagen: Pfg für das Fundat, aus-
schließlich Postgebühren. — Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr,
größere Anzeigen tags zuvor.

Bezugspreis: Vierteljährlich für Abholer 7,50 M., frei Haus 8,00 M., durch die Post einschließlich Postgeld 8,25 M. Anzeigen: Zeile 60 Pfg., Reklamazeile 1,50 M., einschl. Steuer

Nr. 120.

Remberg, Donnerstag den 13. Oktober 1921.

23. Jahrg

Donnerstag und Freitag, den 13. u. 14. Oktober,
nachmittags 3—7 Uhr,
findet in Remberg im „Gasthaus zur Post“ ein

Lehrgang zur Ausbildung und Fortbildung von Jugendpflegern und Jugendpflegerinnen

statt. Daraan schließt sich am Donnerstag, abends 8 Uhr im
„Gasthaus zur Post“ ein

Jugend- und Elternabend.

In beiden Veranstaltungen laden wir die Erzieher der
Jugend (Ältere, Brüder, Geschwister, Lehrerinnen usw.) und die
Jugendlichen selbst (Fortbildungsschüler, Jugend- und Lern-
vereinsmitglieder) herzlich ein.

Remberg, den 12. Oktober 1921.

Der Kreisamtsfürsorge für Jugendpflege.

Dringende Mahnung an alle Landwirte des Kreises.

Die in den letzten Wochen von neuem eingetretene Preis-
steigerung soll aller notwendigen Lebensmittel und sonstiger
Bedarfsgegenstände läßt die vielfach beobachteten und ge-
meldeten wilden Käufe und Wuchergeschäfte in landwirts-
schaftlichen Erzeugnissen, besonders in Getreide und Kartoffeln
ganz besonders verwerflich und im höchsten Grade bedenklich
erscheinen. Die allgemeine Benutzungslosigkeit, die in den Ver-
braucherkreisen infolge der weiteren Vertiefung der Lebens-
haltung betrüblicherweise herrscht, wird dadurch umso
geheuerer. Es besteht die Gefahr, daß sich diese Mißbilligung
gegen die Landwirtschaft richtet, wenn diese — und zwar
jeder einzelne Landwirt — nicht alles tut, um den vielfach
laut gewordenen Vorwürfen den Voben zu entgegenen.

Im Interesse der Allgemeinheit, nicht zuletzt im wohl-
verstandenen Interesse der Landwirtschaft selbst, richten wir
deshalb — getrieben von der Sorge um das allgemeine
Volkswohl! — an alle Landwirte die dringende Mahnung,
alle wucherischen und preistreibenden Geschäfte einzelner
Landwirte, die farsichtig nur an den eigenen Vorteil
denken, durch einmütiges Zusammenstreben unwidriglich zu
machen.

Vor allem bitten wir die Landwirte, uns in der so not-
wendigen Bekämpfung des unredlichen und ungesetzlichen Handels
taktisch zu unterstützen und jedem wilden Käufer ohne
Ausnahme von Haus und Hof zu weisen. Jeder Händler
und Käufer muß sich durch behördliche Zulassungsbefrei-
gungen (Großhändlerkaufschreiben oder Legitimations-
karte) ausweisen können. Die Führung der Zwangslegitimation
bedeutet nicht, daß Jeder handeln darf. Insbesondere
bedarf jeder Großhändler eines Verkaufsbescheines auf Grund
der Verordnung vom 24. Juni 1916 (R.-G.-Bl. S. 581),
der vom zuständigen Landrat (oder Polizeipräsidenten) aus-
gestellt sein muß. Verkäufer von Großhändlern und selbständige
Kleinhandlungen bedürfen eines entsprechenden
Kaufbescheines (Legitimationskarte). Wucher und Preistreiberei
sind auch bei Nichtbestehen von Höchstpreisen nach der
Preisstreikverordnung vom 8. Mai 1918 (R.-G.-Bl. S.
395) strafbar.

Alle gesetzlichen Vorschriften und Sicherheitsmaßnahmen
aber können nur dann ihre volle Wirkung tun, wenn die
Bescheide durch die Landwirtschaft selbst tatkünftig und ein-
mütig unterstützt werden. Wir werden uns deshalb heute
nochmals mit allem Nachdruck an den so oft bedenklichen unter-
tänigen Sinn unserer Landwirte und hoffen zuversichtlich,
daß wir es nicht unlosst tun. Wir wissen uns hierzu einmütig
mit den bedenklichen landwirtschaftlichen Vertretern und
sonstigen Berufsorganisationen.

Gleichzeitig möchten wir die Landwirte noch bitten,
angefichts der recht mangelhaften Kartoffelernte möglichst keine
Kartoffeln aus dem Kreis auszuführen, da die diesjährige
Ernte sonst keinesfalls für die kreiseigene Versorgung
ausreicht. Daß es dringend erwünscht ist, die Preise so
niedrig als möglich zu halten, bedarf keiner Erwähnung.
Wir erwarten, daß die Landwirtschaft auch in diesem Punkt
das oft bewiesene Entgegenkommen zeigt.

Diese Mahnung wird auf Grund eines besonderen Kreis-
aufschlußbeschlusses an alle Interessenten gerichtet.
Wittenberg, den 7. Oktober 1921.

Der Kreisamtsfürsorge.

Aus der Primat und dem Heirhe.

Remberg, den 12. Oktober.

Esp. Der Evangelisch-sozialer Kongress hielt in Gehurt
eine bedeutende Tagung ab. Geh. Oberkonsistorialrat D. Bahl-
wes betonte, daß der Kongress ohne politisches und wirtschaft-
liches Programm eine Pfanzstätte sozialer Bestimmung und
sozialer Verhältnisse sein wolle. Pfarrer Lic. Gehbel-
Apollendorf sprach nach dem Bericht des Generalsekretärs
P. D. Schneemelcher-Vorles über die Aufgabe der Kirche im
sozialen und politischen Leben der Gegenwart. Er stellte es
als heilige Aufgabe der Kirche hin, den Kampf gegen die
Sünde in allen Parteien zu führen und eine gründliche Ent-
giftung von Lüge und Verlogenheit zu verlangen. Fabrikant
Wenrich-Berolich forderte strengste Gespaltigung der kirch-
lichen Presse und Mitarbeit des gesamten Kirchenvolkes durch
Umwahlen. An der Ansprache beteiligten sich u. a. P. Richter,
D. Baumgarten-Riel, P. v. Wotter-Galle. Der Kongress schloß
mit einem Gottesdienst von Pfarrer Herz-Weipig in der War-
fängerkirche.

Wittenberg, 11. September. Ein Einbruch wurde ver-
gangene Nacht im Amtsgeschäftsgebäude vollzogen. Die Diebe
haben sich durch einen Nachschlüssel durch den Haupteingang
Eingang in das Gebäude verschafft und sind in das Kassenzim-
mer des Amtsgeschäfts eingedrungen. Den dort stehenden
Kassenschatz haben die Diebe angetroffen, scheinen aber geflohen
worden zu sein, denn sie konnten ihre Arbeit nicht vollenden.
Der Arbeit nach sind es gemeinlich Diebe.

Halle, 12. Oktober. (Vor einem Eisenbahnstreik?) Was
nicht zu glauben war, scheint nun doch einzutreten. Die
Eisenbahner probieren durch eine Nachprobe, ob die alte
Solidarität noch hält. Sie brechen, wie man so sagt, den
Streik wieder einmal vom Zaun, und man hat doch geglaubt,
daß allmählich die Arbeit wieder reger werden würde. Im
Direktionsbüro Halle ist, wie schon gemeldet wurde, seit
einigen Tagen eine Bewegung im Gange, die nicht auf eine
Lohnerhöhung hinausgeht, sondern sich gegen das Goslarer
Protokoll wendet, das bezüglich einer Durchbrechung des ge-
heiligten Achtstundentages sein soll, insofern, als man eine
zweifelhafte Mittagspause in die Arbeitszeit einschleusen will.

Die Wagnisse sind nun durch die Direktionsbüro Halle ein-
geleitet werden, auch sollen, so meint man, die Rechte der
Betriebsräte arg eingeschränkt werden. Die Ereignisse
haben sich im Laufe der letzten Tage so weit zugezogen, daß
mit einem Streik der Eisenbahner längst gerechnet werden
kann. Die Verhandlungen der Betriebsräte und Arbeiter-
organisationen haben, wie der „Kasseler Anzeiger“ meldet,
zu keinem Ergebnis geführt. Daraus ist zu schließen, daß
die Direktoren ein Ultimatum, in dem sie verlangen, daß
endlich der „Herrschendpunkt“ aufgehoben, der Achtstundentag
rezipiert werden und die Goslarer Richtlinien nicht auszu-
tun werden müßten. Selbstverständlich hat die Eisenbahn-
direktion auf dieses Ultimatum, daß am Donnerstag nach-
ahlich, nicht geantwortet. Daraufhin beschloßen die Eisen-
bahnarbeiter des Direktionsbezirks in ihren Versammlungen,
in den Streik zu treten. Auch die Bahngänger haben am 7.
Oktober diesbezüglich abgestimmt. Am 8. und 9. Oktober
finden auch im ganzen Direktionsbezirk Halle Umstimmungen
über den Streik statt. Sie sollen eine Mehrheit für den
Streik gegeben haben. Das Ergebnis ist im einzelnen heute
noch nicht festgelegt worden. Auch die Eisenbahnervereinigungen
Egelsdorf haben sich mit 1496 Arbeitern gegen 40 für
den Streik erklärt. In Falkenberg (Bez. Halle) erklärten 41
Vertreter der Ortsgruppen mit 13000 Arbeitern des unabhän-
gigen Streikwillen. In Jülich Vertreter mit 900 Mitgliedern
waren dagegen. Die nächsten Tage werden eine verschärfte
Situation erbringen, aber es bleibt zu hoffen, daß die Ver-
mittlung an ihren Grundgedanken festhält und diesem Angriff
der Arbeiterschaft begegnet.

Freitagabend, 10. Oktober. (Räubersicherer Mordfall.) In
der Sonntagsnacht gegen 1 1/2 Uhr wurden die Bewohner der
Schmiede in Klein-Bardoff ganz plötzlich durch das Klirren

der Feuerwaffen aus dem Schlafe geweckt. In demselben
Augenblick wurde die Haustür eingeschlagen. Gleich darauf
trafen drei mit Revolvern bewaffnete, etwa 23 bis 25 Jahre
alte Männer, von denen einer maskiert war, vor den Betten
der Eheleute Kerling und riefen: „Geld oder Leben!“ Die
Beide der Ueberfallenen, sich zuvor anzusehen zu dürfen, wurde mit
einem Revolverstoß beantwortet, der glücklicherweise nicht
traf. Außerdem erhielt der Ehefrau Kerling noch Schläge.
Als die junge Frau in der oberen Etage schlafende Mutter
zur Hilfe rief, kam diese herunter, wurde aber von einem
vierten Räuber festgehalten und durch zwei Dolchstiche an
Arm und Brust verwundet. Mit Hilfe von Vettern wurde
die ganze Wohnung durchsucht. Sämtliches Geld, auch das
wenige Taschengeld, eine Taschenuhr, sämtliche Wertpapiere,
Wäsche, Speckseiten und Brot wurden mitgenommen. Gegen
2 Uhr morgens verschwanden die Räuber mit den Worten:
„Keiner verläßt das Haus, vor dem Hause steht ein Posten!“
Trotzdem gelang es, die Polizei von Friederichsdorf in Remtsitz
zu setzen, die mit Hilfe von Polizeibanden die Befragung
der Bewohner aufnahm. Seder verdoren die Hunde bald
die Spur.

Koburg, 11. Oktober. (Brandstiftungen auf dem Lande.)
In letzter Zeit mehren sich in gebirgiger erscheinender Weise
die Fälle von Schenken und ganzen landwirtschaftlichen
Gehöften. Nach den bisherigen Feststellungen sind sie aus-
nahmslos auf vorsätzliche Brandstiftung zurückzuführen. Die
Gemeindevorstände sind deshalb von Bezirksamt dringend
veranlaßt worden, in der Gemeinde sofort einen wirksamen
Wachdienst einzurichten.

Kunze, Kr. Jöhson, 8. Okt. Ein Großfeuer vernichtete
hier 5 Wohnhäuser, 11 große Schenken und 15 Ställe mit
dem gesamten Inhalt an Entwässerungen, Vieh und landwirts-
schaftlichen Maschinen. Der Schaden ist zum großen Teil
durch Versicherung gedeckt. Werthvollerweise liegen die
Brandherde nicht unmittelbar nebeneinander, sondern in ziem-
lichen Abständen im Dorfe verteilt, zu beiden Seiten der
breiten Dorfstraße. Aus der Umgegend waren 15 Feuer-
wehren zur Stelle und nahmen den Kampf mit dem Flammen-
meer an, das eine gewaltige Ausdehnung angenommen hatte.
Nach 7 stündiger Tätigkeit war die Hauptgefahr beseitigt.
Bei den Löscharbeiten herrschte, wie so oft in den kleinen
Orten, Wassermangel. Das gesamte Dorf bietet einen trost-
losen Anblick.

Sportnachrichten.

Die am Sonntag, 2. Oktober, vom R.-B. „Argo“ ver-
anstaltete 100 Km.-Kreismesserschafft sah 16 Fahrer am
Start, die um 8 Uhr auf die Stelle geschickt wurden. Hoff-
mann und Viehmann teilten sich die Führung bis Wittenberg,
das Waldlandberg hinauf führt Ranze im schnellsten Tempo,
Riß, Rauper und Anders mußten daran glauben. In
Kroppfildt entsetzt Hoffmann eine Jagd, Ranze erhebt sich
wider, als sich bei Hoffmann der Reitenpanzer löste, sofort
stoppelte erster ab. Langsam geht es durch Marzahn, 2.
König erbeidet Reifenschnaden, der lange Dietersdorfer Berg
naht, Ranze geht von hinten nach vorn und im selben
Moment ist es passiert, ein Hund läuft in die Gruppe, und Ranze
ist ab, der im Boges auf die Gruppe geschleudert wird, U.
Müller kann den Gefährten nicht wege vermeiden und fliegt
über ihn hinweg. Die beiden Meister der Jahre 1914 u. 19
erheben sich sofort wieder, aber während U. Müller die Fahrt
fortsetzen kann, ist dem Sieger des Vorjahres der Lenker ge-
brochen, und topfgeschüttelt sieht er sich zur Aufgabe des
Kreuzens gezwungen. Nach langer Jagd erlangt der gut-
fahrende Müller Aufschlag an die Spitze. Auf der Rückfahrt
fällt in Schmiedelobert die Entscheidung, Hoffmann tritt an,
Müller, Viehmann, Hille und der gutfahrende Danisqa fallen
ab, kurz vor Kroppfildt Schulze und Horn, kurz nach
11 Uhr nähert sich Hoffmann mit Henschel dem Ziel und
gewinnt mit einem 300 m Spurt seine erste Kreismesserschafft
Abtelegen. Resultat: Kreismesser R. Hoffmann, R.-B. „Argo“
3:655, 100 km-Rennen: 1. Henschel, Wambel, Pratan 4:2,
2. Horn, Wambel, Pratan 3:1330, 3. Schulze, Gelsenstein
3:1548, 4. Viehmann, „Argo“ 3:2045, 5. Hille, Pratan
5:2, 6. Müller, „Germania“ 8:2, 7. Stende, Wambel, Pratan
8:2440, 8. Rauper, Pratan 8:3800, 9. Zeit-
medaillen: B. Danisqa, „Germania“, Riß und Weis, „Argo“

Schü-Di Nur

Sonnabend
Der herrliche E MELKA-Monumentalfilm
Der Kopf des Gonzalez.
Ein Abenteuer dreier Menschen und eines Volkes.

Schü-Di

Frankreich braucht Ausdehnung.

Der bekannte und einflussreiche französische Publizist Maurice Barres greift im „Echo de Paris“ die Aufhebung der Sanktionen heftig an. Und er entwirft dabei so offenherzig die wahren Ziele Frankreichs am Rhein, daß man nicht weiß, ob man das nach oder brutal finden soll. Bei den Sanktionen, schreibt er, habe es sich nicht nur darum gehandelt, Deutschland zur Annahme des Ultimatum, sondern auch zur Erfüllung aller seiner Verpflichtungen zu zwingen. Mit anderen Worten: „Sanktionen“ in alle Ewigkeit. Was inzwischen als Frankreichs Aufgabe wäre, formuliert er folgendermaßen: Die Weimarer wollen mit Frankreich zusammen arbeiten (?). Es sei unmöglich, daß diese Meinung der Weimarer (?) dem französischen Geiste entginge. Man müsse sich für dieses Problem einer Zustimmung zu arbeiten mit den Weimarer Ländern (wie harmlos) immer mehr begreifen, denn Frankreich brauche Ausdehnung, wozu ihm der Sieg das Recht gebe. Deutscher kann es doch nicht gesagt werden. Was schiert Frankreich Recht und Vertrag, wenn es um die Eroberung der Weingrenze geht.

So war Frankreich immer, und wird auch weiterhin seiner Eroberungsleidenschaft die Nachbarländer bedrohen. Eine zeitgenössische Erinnerung ist hier einmal an Mahle. Der französische Historiker Comille Douffet gibt unter dem Titel: „Der Geist der Eroberung in Frankreich“ Histoire de Louis XIV, Paris 1865, III, 223 eine musterhafte Charakteristik seiner Landstreiter, der wir folgendes entnehmen:

„Kein Volk seit den Zeiten der Römer strebt so leidenschaftlich nach Eroberungen wie das unsere. Ob sie gerecht oder ungerecht, vernünftig oder töricht, nützlich oder schädlich sind, ist ihm ganz gleichgültig. Solche Ueberlegungen liebt es nicht, und wer sie macht, gilt in seinen Augen als ein Miesmacker ohne Temperament, Selbsteingebung und Vaterlandsliebe. Wir die Unterworfenen über die Eroberung und Eroberer denken, darüber macht es sich keinen Augenblick Sorgen, denn es zweifelt nicht daran, daß jeder stolz ist, ihm auszugeben.“

Was fremde Völker und seine Lebensbedürfnisse darüber denken, beschränkt es noch weniger, aus Berücksichtigung und Gerechtigkeit; es gefällt ihm, gefährdet zu sein, und Drohungen sprechen es nicht. Bei seiner Eroberung sieht es nur den Erfolg des Augenblicks, sein vergrößerter Gebiet und seinen betrieblichen Erfolg. An die Zukunft denkt es niemals...“

Mouffet vor 1864—1876 Historiograph des französischen Kriegsministeriums Mitglied der Akademie und geleiteter Militärschriftsteller. Sein Urteil ist kompetent und gilt heute noch wie damals.

Europa kann nicht mehr.

Wenn der Mantel fällt, muß der Herzog nach. Der Mantel waren die unmöglichen Sanktionen, der Herzog sind die übrigen ebenso unmöglichen Bestimmungen des Londoner Ultimatum. Die Erfüllung der Reparationen frant, das hat indirekt in seiner letzten Rede auch Lloyd George zugegeben, an ihrer inneren Unmöglichkeit. Es ist das selbe, als wenn jemandem eine Arbeit zugemutet wird, die er auch mit übermenschlichen Kräften nicht leisten kann. Da nicht es nichts, wenn man ihm alle Stunden ein Glas Wein zur Stärkung hinstellt. Eine solche Gabe wird den Mann eine Weile fröhlich machen, aber schließlich wird er doch zusammenbrechen.

Auch uns ruht man solche kleinen Anreizungsstenden. Durch den Wiesbadener Rathenau-Voucheurvertrag, der uns sieben Milliarden Mark in Waren statt in Gold an Frankreich abzugeben gestattet. Es ist eine Hilfe, gemäß, aber sie befruchtet nur einige unserer Zahlungsfristigkeiten und ist nicht bedeutend genug für die gesamte Schuldenlast. Auch wenn diese Lieferung später wiederholt werden sollte, greift sie das Hebel nicht an der Wurzel an. Auch das Gelinaen

einer deutschen Industrie-Anleihe hat einen schönen Gegenpart, indem sie besonders eine deutsche Kapitalvermehrung bewirkt kann. Aber wir bleiben unter dem Schatten schwerer Schuldenlasten. Waren-Kredit des Auslandes ist dankbar anzuerkennen, aber er reißt nur ein neues Loch auf, um ein anderes zu zuzufüllen. Hilfe von dauerndem Wert kann also nur die Herabsetzung der Verpflichtungen auf den Stand der heutigen Tatsachen bringen.

Und von diesen Tatsachen ist die erste, daß weit mehr als halb Europa von den Grundfragen eines solchen Kaufmanns betroffen ist. Ein Viertel steht auf der Höhe, der Rest kämpft mit den Schottergleiten, die ihm aus diesen Verhältnissen erwachsen. Die zweite Tatsache ist, daß es ein großer Irrtum der Entente war, zu glauben, ihr Sieg im Weltkrieg werde produktiv wirken. Das ist nicht einmal in ihren eigenen Ländern der Fall, geschweige denn in anderen. Die dritte Tatsache besteht in der Annahme, Deutschlands Niederlage im Krieg würde auch seine wirtschaftliche Bedeutung für den Osten Europas beseitigen. Das ist trotz Volkswirtschafts, Polen- und Tschechien nicht der Fall. Dieser ganze Osten braucht die deutsche Kaufkraft so notwendig, wie das liebe Brot, und so lange diese deutsche Kaufkraft künstlich unterbunden ist, wird nichts aus dem Osten.

Also kurz und bündig, da Deutschland nichts hat, scheidet auch der Osten aus einer nutzbringenden Weltwirtschaft aus. Das ist schon gesehen, kein Geld ist nicht viel besser, als Inflation. Die Hälfte von Europa liegt brach. Und damit verliert auch der Weltmarkt für England und Frankreich. Europa kann nicht mehr.

Das Seiden unseres Erdteils begann am dem Tag, als der französische Kriegsdiktator Clemenceau das Wort sprach: „Der Friede ist nur eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.“ Das fällt nicht einmal die Welt, geschweige denn Europa aus. Bevor nicht mit diesem Wort und der darauf basierenden Politik gebrochen wird, kann es kaum anders werden.

Das Wiesbadener Abkommen.

Die Minister Dr. Rathenau und Voucheur haben Donnerstag in Wiesbaden in Vollmacht ihrer Regierungen das Abkommen über deutsche Sachlieferungen an Frankreich abgeschlossen.

In dem Hauptabkommen befanden die beiden Regierungen ihren Willen, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs durch Lieferung bezug. Bestellung von Einrichtungen- und Betriebsgegenständen und von Kaufstoffen in möglichst großer Umfang zu bewirken. Die Durchführung der Lieferungen soll auf beiden Seiten durch privatredliche Organisationen erfolgen. Die Lieferungen der deutschen Organisation laufen neben den Lieferungen des Reichs aus Anlage III (Schiffe), Anlage V (Kohlen- und Holzprodukte) und Anlage VI (Farbstoffe und chemisch-pharmazeutische Produkte) zu Teil VIII des Friedensvertrages.

Frankreich darf die Lieferungen aus dem Abkommen lediglich für den Wiederaufbau verwenden. Die zugunsten Deutschlands von dem Abkommen entlehnten Kredite und die dieser Organisation gehörigen, in Frankreich befindlichen Waren und Wertgegenstände sind dem Friedensvertrag event. vorgesehenen Zugriffe Frankreichs entzogen. In den Lieferungen ist die deutsche Organisation nur insoweit verpflichtet, als sie mit den Produktionsmöglichkeiten Deutschlands, den Bedingungen seiner Volkswirtschaft und den inneren Bedürfnissen seines sozialen und wirtschaftlichen Lebens vereinbar sind.

Der Gesamtwert der Sachlieferungen auf Grund des Friedensvertrages und auf Grund des Abkommens soll bis zum 1. 5. 1926 sieben Milliarden Goldmark nicht überschreiten.

Die Lieferungen sollen erfolgen durch ein mitteleuropäische Vereinbar der deutschen und französischen Organisation. Kommt eine freie Vereinbarung nicht zustande, so entscheidet für die sog. Banalitäten (im Gegensatz zu Spezialitäten) eine dreigliedrige Kommission.

bestehend aus einem Deutschen, einem Franzosen und einer dritten gemeinsam bestimmten oder vom Schweizer Bundespräsidenten bestimmten Person. Diese Kommission stellt für die betreffenden Waren, diese Kommissionspreisverzeichnis auf Grund des französischen Inlandspreises auf. Ist dieser Preis mehr als 5 v. H. niedriger als der deutsche, so ist Deutschland zum Preis dieser Lieferung verpflichtet.

Kommt es bei Spezialitäten zu einer Vereinbarung, so wird auf das Verfahren aus dem Friedensvertrag zurückgegriffen, falls Deutschland nach diesem zur Lieferung der betr. Waren verpflichtet ist.

Die Zahlungen.

An die deutsche Lieferungsorganisation geschickt durch die deutsche Regierung; dieser wird der Wert der Lieferungen auf Entschädigungskonto gutgeschrieben. Bis zum 1. Mai 1926 sollen diese Lieferungen nur mit 35 v. H. gutgeschrieben werden, falls sie weniger als eine Milliarde Goldmark betragen mit 45 v. H. Ab 1. Mai 1926 wird grundsätzlich der volle Wert angesetzt, die Abtragung des überschüssigen Kredites wird nach dem 1. April 1926 geregelt.

Alle Gutscriffbestimmungen gelten mit der Einschränkung, daß für alle Lieferungen aus dem Friedensvertrag und aus dem Abkommen nicht mehr als eine Milliarde Goldmark jährlich angedeutet werden darf und der Anteil Frankreichs an der ganzen Reparationsleistung Deutschlands (52 v. H. der Jahreszahlungen) nicht überschritten werden darf.

Rundschau.

Dr. Wirths politische Pläne. Der „Bädische Staatsanzeiger“ berichtet über eine Unterredung mit dem Reichskanzler Dr. Wirth. Es wird darin u. a. mitgeteilt, daß der Kanzler auf der für nächsten Dienstag anberaumten Konferenz zur Beratung über die demnachst fällige Reparationszahlung gegenüber der Forderung der Industrie, daß ihre Kreditoperation mit dem Ausland als eine Vorleistung auf die kommende Steuer angesetzt wird und gegenüber der sozialdemokratischen Forderung einer Beteiligung des Reiches an der Industrie mit einem Vorstoß herbeizuführen wird, der den Bedenken und Wünschen beider Seiten gerecht wird. Die Erledigung dieser weitreichenden Finanz- und wirtschaftspolitischen Frage sei für ihn vorbedingung für die Erledigung der Frage der Konstitutionsänderung. Seiner Ueberzeugung nach wäre es verkehrt, mehrere Parteien in einem Kabinett zusammenzuführen, bevor man wisse, welches die Stellung der einzelnen Parteien zu der im Augenblick wichtigsten Frage sei. Das Abkommen zwischen Rathenau und Voucheur wurde vom Reichskanzler begrüßt. Davon, daß England die Wiesbadener Verhandlungen nicht ganz sehe, könne keine Rede sein. Im übrigen wäre Deutschland jederzeit zu einem ähnlichen Abkommen mit England bereit, falls ein solches von dort gewünscht werde. Der Reichskanzler sei nach allen Seiten willens, eine Entschärfung in den außenpolitischen Beziehungen herbeizuführen, vorzüglich zu Italien und Deutschland in der Welt jenes Vertrauen zurückzuerwecken, das allen eine wirkliche Gesundung Deutschlands ermögliche.

Abhebung des bayerischen Ausnahmestandes. Nach den Vereinbarungen, die mit der Reichsregierung getroffen worden sind, erklärt das bayerische Gesamtministerium eine Verordnung, nach der die bayerischen Bestimmungen vom 4. November 1919 über einseitige Maßnahmen zum Artikel 48 Abs. 4 der Reichsverfassung und die zum Vollzuge dieser Verordnung erlassenen allgemeinen Anordnungen außer Kraft gesetzt werden. Die Bestimmungen über die bayerischen Volksgerichte bleiben unberührt.

Der Kampf gegen die Wohnungsnot. Der Reichstagsausschuß für Wohnungsfragen nahm folgende Entscheidung an: Es ist anzustreben, daß in den Jahren 1922-23 mindestens je 200 000 Wohnungen erbaut werden. 2. Zur Deckung der unrentierlichen Kaufkosten sind in den Jahren 1922 und 1923 von den Ländern und Gemeinden mindestens je 6 Milliarden zur Verfügung zu stellen. 3. Zu diesem Zweck ist das Wohnungsabgabegesetz vom 26. Juni 1920 weiter auszubauen. 4. Sollte es nicht möglich sein, für das gesamte Reich die Kaufkosten eines Jahres unmittelbar durch Erhöhung der Wohnungsabgabe aufzubringen, so ist es den Ländern zu überlassen, ob die neuen Einnahmen unmittelbar zu Zuschüssen oder zur Verzinsung und Tilgung der notwendigen Beträge Verwendung finden.

Die Vorarbeiten für die neuen Posttarife sind, wie gemeldet wird, soweit gegeben, daß das Reichspostministerium in etwa 14 Tagen mit dem Reichsrat in den Verhandlungen treten wird. Wie hoch sich die neuen Gebühren belaufen werden, steht noch nicht fest, doch soll die Erhöhung in der Weise vorgenommen werden, daß die neue Tarif das Jahrfahe des Friedensstarifs bedingt, so daß also ein Brief künftig 1 Mark kosten würde. Nach den Vorschlägen des Reichspostministeriums und nach den Verhandlungen mit dem Reichsrat wird die Angelegenheit erst an das Kabinett und an den Reichstag gehen, bevor die endgültige Erhöhung veröffentlicht werden kann.

Die letzte Woche.

Nach der großen Ausrede im Reichstag, von der nach der Entscheidung der Dinge noch keine Entscheidung für die Neubildung der Reichsregierung zu erhoffen war, ist die parlamentarische Arbeit in die Kommissionen verlegt worden. Daneben bleibt die Erwartung für das Heraufleben der Prinzipien für die fernere Entwicklung der Reichsregierung bestehen. Es wird hierbei mehr Zeit vergehen, als beim Auftauchen der ersten Nachrichten zu erwarten war. Entschieden für den Umschwung war, daß die Sozialdemokratie eine eventuelle Veränderung des Regierungsprogramms nach rechts verhindern wollte, und sich wieder daran erinnerte, daß sie früher mit den Unabhängigen ein gemeinsames waren. Die bittere Notwendigkeit für einen weitgehenden Zusammenschluß der Parteien ist augenscheinlich noch nicht erloschen worden.

Es kann also nicht gesagt werden, daß wir schon aus der inneren politischen Ueberlieferung heraus sind, obwohl das sehr zu wünschen wäre. Da schließlich doch immer wieder eine Verfrüchtigung über neue Tagesfreigeitigkeiten sich ergab, so ist es gemäß zu empfehlen, die Parteienfrage beim Aufstehen von neuen Gegenständen nicht so laut erörtern zu lassen. Die Erwartung, die sich erhoffen, ist außerhalb unserer Grenzen nicht man sich nur summierend die Hände über nicht solche Kräfte zur Inanspruchnahme aus. Es ist ja unglücklich, was in dieser Beziehung die Welt hat über sich ergeben lassen müssen.

Wir werden sehen, was die Entente im Schilde führt und welche Schritte sie uns wegen Überschleifen in den Weg zu werfen sucht. Die Meldungen über die Zukunft dieses Gebietes gingen seit Monaten durcheinander, und so wird es auch wohl bis zur Stunde der Entscheidung bleiben. Die einzige Hilfe, auf die wir rechnen können, ist die gesunde, gesunde, gesunde Einstellung in England, alle anderen Anweisungen stellen keine festen Fundamente dar. Es geschieht zu viel hinter den Kulissen, wie sich schon bei den Rhein-Sanktionen gezeigt hat.

Auch für die Erledigung des Steuerprogramms, sowohl durch eine prinzipielle Kommissionsberatung als auch durch die Möglichkeit gegeben. Der Zustand ist es können aber auch Erörungen erfolgen durch Forderungen, die damit verknüpft werden. Wir wollen nur hoffen, was lange währt, wird erträglich, denn von einem Gutwerden kann man bei den obwaltenden Verhältnissen ja leider nicht so bald reden. Auch in der Frage der Sachlieferungen an Frankreich muß die letzte Bestimmung abgewartet werden. Der eigene Vorteil sollte allerdings den Franzosen schon Mühselig gebieten.

Was wird aus Europa?

Vor der allgemeinen Katastrophe. Unter diesem Titel veröffentlicht der Präsident des Reichswirtschaftsrats Eder v. Braun eine Broschüre in der er beabsichtigt Vorschläge über die Lösung des Reparationsproblems macht. Er erbringt mit genauen statistischen Zahlen den Beweis, daß die Fortsetzung der durch das Londoner Ultimatum auferlegten Reparationszahlungen nicht nur in kürzester Zeit den vollständigen finanziellen Zusammenbruch Deutschlands herbeiführen würde, sondern auch die Sieger und neutralen Staaten in diese Katastrophe der Weltwirtschaft hineinziehe. Die einzige Möglichkeit, den Niedergang der europäischen Kultur zu vermeiden, könne durch einen Zusammenschluß der großen Nationen, vor allem Englands, Amerikas und Deutschlands zum Wiederaufbau Russlands geschaffen werden, das sonst ein ewiger Ansehensgrund für Europa bleiben würde. Durch eine solche heroische Anstrengung, die Schäden des Krieges wieder gut zu machen, die der Deutschland die organisatorische und rechtliche Arbeit zu leisten hätte, könne die Wirtschafts- und Volkswirtschaften Mittel- und Deutschland befestigt werden, seine industrielle Erzeugung ohne Erörung der übrigen Märkte zu ausbauen, daß es mit der

Zeit einen Teil der Reparationsleistungen erfüllen könne.

Da die Vorschläge sich mit Bedenken engern befürchten, die in der Rede Ehrlich und in der englischen und amerikanischen Presse angebeutet waren, werden sie wahrscheinlich nicht nur in Deutschland, sondern auch von den wirtschaftlich Denkenden anderer Staaten erwogen und erörtert werden.

Der Kampf gegen die Wohnungsnot. Der Reichstagsausschuß für Wohnungsfragen nahm folgende Entscheidung an:

Es ist anzustreben, daß in den Jahren 1922-23 mindestens je 200 000 Wohnungen erbaut werden.

Zur Deckung der unrentierlichen Kaufkosten sind in den Jahren 1922 und 1923 von den Ländern und Gemeinden mindestens je 6 Milliarden zur Verfügung zu stellen.

Zu diesem Zweck ist das Wohnungsabgabegesetz vom 26. Juni 1920 weiter auszubauen.

Sollte es nicht möglich sein, für das gesamte Reich die Kaufkosten eines Jahres unmittelbar durch Erhöhung der Wohnungsabgabe aufzubringen, so ist es den Ländern zu überlassen, ob die neuen Einnahmen unmittelbar zu Zuschüssen oder zur Verzinsung und Tilgung der notwendigen Beträge Verwendung finden.

Die Vorarbeiten für die neuen Posttarife sind, wie gemeldet wird, soweit gegeben, daß das Reichspostministerium in etwa 14 Tagen mit dem Reichsrat in den Verhandlungen treten wird. Wie hoch sich die neuen Gebühren belaufen werden, steht noch nicht fest, doch soll die Erhöhung in der Weise vorgenommen werden, daß die neue Tarif das Jahrfahe des Friedensstarifs bedingt, so daß also ein Brief künftig 1 Mark kosten würde. Nach den Vorschlägen des Reichspostministeriums und nach den Verhandlungen mit dem Reichsrat wird die Angelegenheit erst an das Kabinett und an den Reichstag gehen, bevor die endgültige Erhöhung veröffentlicht werden kann.

Jeder Landwirt sein eigener Müller!

Mühlen mit Spik-, Schäl- und Reinigungsvorrichtung

Einzige Schrotmühle, die wirklich 1a. Backmehl liefert — 100 hiesige Referenzen

Aloys Schmidt, Landwirtschaftl. Maschinenbauanstalt. Bad Schmiedeberg

Fernsprecher 80

Jagdpatronen

Cal. 12 und 16

rauchlos und mit Schwarzpulver **Fr. Heym, Eisen und Kurzwaren**

Delmenhorster Linoleum

zum Anlegen ganzer Zimmer

Linoleum-Teppiche und -Läufer

einfarbig, durchgenüstert und bedruckt
Feiner alle Sorten

Wachs- und Ledertuche, Kunstleder
abgepaßte Tischdecken

sowie vom Stuhl in den Breiten 70, 85, 100, 115, 130 u. 140 cm

Große Auswahl in nur besten Qualitäten

Preise sehr noch ohne Aufschlag

Sattler, Tischler etc. zu Engrospreisen

Otto Kluge, Wachs- u. Linoleum-Spezialgeschäft.

Wittenberg, Collegienstraße 84



Ata
Henkel's
Scheuerpulver
putzt
reinstigt
Alles!

Ata eignet sich für alle
Küchengeräte besonders
auch für Ofen, Badewannen,
Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller: Henkel & C^o. Düsseldorf.

Rübenschneider

Kartoffelquetschen, Ein- u. Zweischarplüge
Benzol-Motore und Dreschanlagen
liefert billigst

**Aloys Schmidt, Landwirtschaftliche
Maschinenbauanstalt**
Bad Schmiedeberg Fernsprecher 80

Jagdpatronen

Caliber 16

rauchlos, gasbündig, roßfrei, wetterfest

Paul Ellermann, Leipzigerstraße 61

frisch. Bücklinge

ff. Margarine

1a. neue Fetttheringe

Erwarte Freitag

frische grüne

Seringe

B. Miersgäte, Burgstraße 36

1a. Weinnmehl

reines Bohnenschrot

Maisschrot

Roggenkleie

Maisschlempe

Kali

Kainit

Zementkalk

Stückerkalk

Zement

Futterkalk

Alb. Dulitzsch Nachf.



Radfahr. Verein

"Argo"

Nächsten Freitag,

abends 8 Uhr

im Ratsteele

Vorstandsitzung

mit wichtiger Tagesordnung.

Der Vorstand.

F. = C. „Falke“

Kemberg 1921.

Freitag, den 14. Oktober, abends 8

Uhr (Bayer's Garten)

Versammlung

Tagesordnung

1. Renanahmen.
2. Besprechung zum Wettspiel.
3. Betr. Abzeichen.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Ziegen-, Kaninchen- u.

Gesügelzüchter-Verein

Freitag, den 14. Oktober, abends

8 Uhr im Vereinslokal

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht.
2. Rechnungslegung.
3. Vorstandswahl.
4. Bericht vom Sonntag.
5. Verschiedenes.

Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht,

auch die, welche sich noch nicht in der

Versammlung haben sehen lassen.

Der Vorstand.

Ein schwarzer Spik

am Sonntag angelauten. Gegen In-

teraten- und Futterkosten abzuholen

Kemberg, Leipziger Neumarkt 4

Renden.

Für die gütigste Aufführung am

letzten Sonntagabend sagen wir dem

Mühlenbesitzer W. Schmidt unseren

innigsten Dank.

Die Besitzer.

Deutsche Volkspartei

Freitag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr
findet im Hotel zur Post eine

Versammlung

Rat. Redner:

Schriftsteller **Arend-Denard, Berlin**

Thema:

Bismarck und sein Erbe

Alle Frauen und Männer von Kemberg sind herzlich eingeladen
Kreisverein Wittenberg

Arbeiter Radfahrer-Verein

„Frisch Auf“ Kemberg

Obiger Verein veranstaltet am **Sonntag, den 16.**

Oktober in Rotta im Jagd'schen Lokal ein

Vergnügen.

Nachmittags von 2 Uhr an
Freischiessen und Preiskegeln.
Von abends 7 Uhr an **Ball** verbunden mit **Schul- und**

Kunstreigenfahren. Hierzu werden Freunde und

Gönner des Sports freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Bettstelle

mit oder ohne Matratze zu kaufen ge-

gerneht **Wettchen, Niemitz**

zur Herbstpflanzung

nehme Bestellungen auf

Obstbäume, Beeren-

sträucher, Rosen usw.

bis **17. d. Mts.** entgegen.

Richard Panier

Wittenberger Neumarkt 12 a.

NB. Aufträge für **Wasserpflanzen**

aus dem **Frühjahr** erbitte recht-

zeitig. Dieselben werden bei Reihen-

folge nach erledigt.

Spannfuß

zu verkaufen **Lubatz 7** verkauft **Leher Reichel**

Ateritz.

Sonntag, den 16. Oktober, von nach-

mittags 3 Uhr an

Damenball

Es laden herzlichst ein
Die jungen Damen und der Wirt.

Einige einen

Tischlergesellen

für dauernde Beschäftigung
Münder, Dehna b. **Räterbog**

Tischlerei mit Kraftbetrieb.

Einigen

Regulier-Füllöfen

ein älteres

Bettgestell

und einige feine

Speisemelonen

Für die zahlreichen Beweise liebevoller Teilnahme und die überaus reichen Kranzspenden beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen Freunden und Bekannten, sowie auch Herrn Pfarrer Reichardt für die trostreichen Worte am Grabe und in der Kirche und Herrn Hauptlehrer Köchy und den Schulkindern für erhebenden Gesang unsern herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen
Familie Gräfe, Familie Kolbe.

Rotta, den 10. Oktober 1921.

